



**Die neue
Volkspartei**

Rathausklub Wien

81
(AB)

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Wolfgang KIESLICH, DI Elisabeth OLISCHAR, BSc, Mag. Manfred JURACZKA und Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.11.2021, zu Post 1 der Tagesordnung im Zuge der Debatte der VA 2022 & VA 2023 (Spezialdebatte Innovation, Stadtplanung und Mobilität)

betreffend Verlagerung des ruhenden Verkehrs unter die Erde

Eines der brennendsten Themen jeder Großstadt, so auch der Stadt Wien, ist der enorme Nutzungsdruck auf die begrenzte Ressource Boden. Wohnen, Wirtschaften, soziale und technische Infrastrukturen sowie der Verkehr benötigen eine Menge Fläche. Wien kann sich zwar mit einem Grünlandanteil von etwa 45% glücklich schätzen, gleichzeitig fehlt es oft an Grünräumen in urbanen, dicht besiedelten Gebieten. Laut Ankündigungen zum Klimafahrplan der Stadtregierung sollen in den nächsten Jahren 25.000 neue Bäume anstelle von Parkplätzen gepflanzt werden.

In der Debatte um den Flächenverbrauch in der Stadt wird primär das Auto als Feindbild herangezogen. Dabei braucht es eine Verkehrspolitik, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert: private und berufliche Mobilität, Lebensqualität, Sicherheit, Versorgungsinfrastruktur. Es darf also nicht dazu kommen, dass unterschiedliche Verkehrsteilnehmende gegeneinander ausgespielt werden! Es besteht also ein berechtigtes öffentliches Interesse sowohl nach attraktivem öffentlichem Raum, mehr Platz und Bewegungsspielräume als auch den existierenden realen Mobilitätsbedarf bzw. den Bedarf, einen Pkw zu besitzen.

Wenn der öffentliche Straßenraum von parkenden Autos entlastet werden soll, müssen Alternativen außerhalb des Straßenraums geschaffen werden. Ein langfristiger Lösungsansatz in dieser Hinsicht ist ein umfassender und großflächiger Garagenausbau, der den ruhenden Individual-Verkehr unter die Erde bringt und somit den Nutzungsdruck auf der Oberfläche entkräftet.

Studien zeigen, dass 30% der innerstädtischen Verkehrswege auf die Parkplatzsuche zurückzuführen ist. Der Pkw-Bestand in Wien nimmt von Jahr zu Jahr zu und verschärft die Parkplatznot zusätzlich. Die derzeitige Parkraumbewirtschaftung in Wien bietet keine nachhaltige und langfristige Lösung.

Ein langfristiger und umfassender Ausbau von Garagen in Wien würde neben einer Entschärfung der vielerorts vorhandenen Parkplatznot auch neue Möglichkeiten beim Umgang mit Zukunftstrends wie E-Mobilität (Garage als E-Mobility-Hub), Car-Sharing oder autonomes Fahren bringen. Bereits heute liegen ausgefeilte Konzepte für die „Garage der Zukunft“ vor, die viel mehr ist als ein reiner Abstellplatz für Fahrzeuge. Enormes Potenzial existiert im Hinblick auf die (Stadt-)Logistik (Garage als Logistik-Hub).

Wien hat bereits eine lange Geschichte des (subventionierten) Garagenbaus hinter sich die bis zum Jahr 1960 zurückgeht. Mit dem Bau von „Volksgaragen“ bzw. „Wohnsammelgaragen“ wurden entsprechende Förderprogramme ins Leben gerufen. Zuletzt wurde im Jahr 2014 ein Garagenprogramm beschlossen. Leider ist von dem Bekenntnis zum Garagenausbau leider wenig übriggeblieben.

Wenn es um die Zukunft der Mobilität und unserer Stadt geht, darf es kein Entweder-Oder geben. Statt einem in vielen Bereichen einseitigen Mittelfluss hin zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs braucht es auch Finanzen, die dem Individual-Verkehr zugutekommen und damit reale Mobilitätsbedürfnisse der Menschen ansprechen. Dazu gehören der Bau von Garagen sowie P&R-Anlagen. Die Wiedereinführung einer tatsächlichen Zweckwidmung der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung wäre ein erster Schritt in diese Richtung.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für einen langfristigen und umfassenden Ausbau von Garagen in Wien und damit für die Attraktivierung des Lebensraumes in der Stadt aus.

Der Wiener Gemeinderat fordert die Stadtregierung auf, eine Garagenoffensive in die Wege zu leiten. Die notwendigen Schritte dabei sind unter anderem:

- Analyse der Bestandssituation (z.B. Garagenauslastung) und Attraktivierung der Garagennutzung durch Anwohner (z.B. durch Subventionierung von Anrainertarifen)
- Umfassende Potenzialanalyse und kleinräumige Ausweisung von möglichen neuen Standorten
- Ausarbeitung eines ganzheitlichen Garagenprogramms, welches die Schnittstellen zu Stadtplanung, Wohnbau, Wirtschaft und Handel etc. mitberücksichtigt
- Aufsetzen einer treffsicheren Förderungsstrategie
- Zweckwidmung der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung mit dem Ziel der Attraktivierung bestehender Garagen sowie der Errichtung neuer Garagen

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.11.2021

